Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 9. Juni 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bachmann-Ade Cyperrek Denzer (in Vertretung Herzog) Heuer Höfler Krämer Kurfeß Lindemer (in Vertretung Claassen) Lusche Pichlhöfer Roßkopf Salach Salinas de Huber Schlecht Simon Wernthaler (in Vertretung Martin)
Entschuldigt:	Claassen, Herzog, Martin
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Geschäftsführerin Ziegler-Jung Fachbereichsleiter Dullisch (bis 19.25 Uhr) Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Sproß (bis 17.45 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Gruber Frau von Loeben (bis 19.25 Uhr) Frau Willecke (bis 17.45 Uhr) Herr Dieterle (bis 17.45 Uhr) Herr Ebner Herr Färber (bis 19.25 Uhr) Herr Fessler Herr Wieland
Urkundspersonen:	Stadträtin Krämer und Stadtrat Pichlhöfer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.40 Uhr

TOP 1

Anpassung/Ergänzung der Richtlinien der Stadt Lörrach über die Gewährung freiwilliger Zuschüsse

Vorlage: 053/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschuss, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse.

Sportkoordinatorin Willecke stellt sodann den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage vor.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Vorstellung. Die rege Vergabe von Zuschüssen zeige, dass Lörrach eine Vereinsstadt sei, in der die ehrenamtliche Arbeit der Vereinsmitglieder eine hohe Wertschätzung erfahre.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Sie gibt an, dass die Vereine eine zügige Bearbeitung von Vereinsanträgen erbitten.

Stadtrat Schlecht hält die Vorlage für gelungen. Das Ehrenamt werde entsprechend gewürdigt. Gerade auch die Projektförderung sei wichtig. Er wolle wissen, ob sich die Förderung bei baulichen Maßnahmen lediglich auf energetische Maßnahmen erstrecke oder ob auch andere bauliche Maßnahmen förderfähig sind.

Stadtrat Werntaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Pichlhöfer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Sportkoordinatorin Willecke erklärt, dass sich die Förderung auf Sanierungsmaßnahmen im energetischen Bereich beschränkt.

Stadträtin Roßkopf erklärt, dass sie darüber irritiert sei, dass die Stadt im Wege der Unterbringung von Obdachlosen Wohnungen beschlagnahme.

Der Vorsitzende gibt an, dass dies durchaus der Fall sei. Zwar versuche die Stadt solche Maßnahmen zu vermeiden, manchmal bestehe jedoch keine andere Möglichkeit. Man sei gesetzlich zur Unterbringung verpflichtet. Momentan gebe es rund 200 Personen, die von der Stadt untergebracht werden mussten.

Stadträtin Bachmann-Ade betont, dass der Beschlussvorlage ein Antrag der Fraktion der SPD zu Grunde liege. Sie verstehe nicht, warum Zuschüsse für bauliche Maßnahmen auf Sanierungen im energetischen Bereich beschränkt seien.

Stadtrat Lusche gibt an, dass man die aktuelle Haushaltslage nicht aus dem Blick verlieren dürfe. Zwar könne die Stadt Vereine deutlich umfassender fördern, sie könne aber auch Schwerpunkte setzen. Ein entsprechender Schwerpunkt sei im Bereich Energie gesetzt

worden. Konkret berate man die Förderung und Bezuschussung von Vereinen in den Haushaltsberatungen.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Den überarbeiteten Richtlinien wird in der vorgeschlagenen Fassung zugestimmt.
2. Dem neuen Antragsformular wird zugestimmt.

TOP 2

Vergabekriterien für den Verkauf städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke

Vorlage: 051/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Es bestehe eine große Nachfrage nach Gewerbeflächen in der Stadt. Deswegen brauche es nachvollziehbare und transparente Vergabekriterien.

Fachbereichsleiterin Buchauer und Geschäftsführerin Ziegler-Jung stellen anhand einer Präsentation die Vergabekriterien für den Verkauf städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke dar (Anlage 1).

Stadtrat Heuer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Er fragt, woraus sich die Gewichtung der vier Vergabekriterien ergebe.

Stadtrat Schlecht signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Die Kriterien und das Punktesystem seien nachvollziehbar. Auch der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales sowie die Ortschaftsräte Brombach und Hauingen hätten der Vorlage zugestimmt.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Die Vorlage weise viele positive Aspekte auf, beispielsweise hinsichtlich des Umgangs mit knappen Flächen. Wichtig sei auch, dass städtebauliche Aspekte bei der Grundstücksvergabe Berücksichtigung finden. Sie frage sich dennoch, warum hinsichtlich des Kriteriums Arbeitsmarkt nur ein Punkt erforderlich sei.

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, ob man sich mit den vorgeschlagenen Vergabekriterien rechtlich auf dünnem Eis bewege.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung erklärt, dass das vorgeschlagene Verfahren auch von anderen großen Städten wie beispielsweise München angewendet werde und auch das Rechtsamt die vorgeschlagene Verfahrensweise geprüft habe. Ein Punkt stelle bei einem Kriterium die Mindestanforderung dar. Die Verwaltung werde dem Gemeinderat nach Sichtung der Bewerbungen eine entsprechende Rangfolge der am besten bewerteten

Bewerber vorlegen. Letztlich entscheide dann der Gemeinderat über die Vergabe der Flächen.

Stadtrat Denzer befürchtet, dass hinsichtlich der Angaben bei den Kriterien Arbeitsmarkt und Wirtschaftskraft von Unternehmerseite geschwindelt werden könne. Er wolle wissen, ob die Stadt die Angaben kontrollieren könne.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung gibt an, dass die Stadt auf einem Fragebogen nach der ersten Bewerbung von Unternehmerseite eine Einverständniserklärung dafür einholt, bei den zuständigen Stellen Angaben über die Abführung von Gewerbesteuer als Indikator für die Wirtschaftskraft eines Unternehmens anfordern zu dürfen. Dies sei aufgrund des Steuergeheimnisses notwendig. Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung der vergangenen fünf Jahre seien natürlich nur die von den Unternehmen vorgelegten Daten vergleichbar. Deshalb falle die Gewichtung des Kriteriums Wirtschaftskraft auch geringer aus als die des Kriteriums Arbeitsplätze.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass es sich bei derartigen Wirtschaftszahlen meist nur um Prognosen handle, welche einer gewissen Unschärfe unterliegen würden. Insgesamt jedoch werde man durch die verschiedenen Kriterien gute Entscheidungen treffen können.

Stadträtin Bachmann-Ade sagt, dass im Gewerbegebiet Entenbad wichtige Gewerbefläche teilweise als Abstellfläche für Neuwagen genutzt werde. Sie wolle wissen, ob hier seitens der Stadt eine Möglichkeit zum Handeln bestehe.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung erklärt, dass man mit den Unternehmen im Gespräch bleibe. Die Stadt habe einen Überblick über alle möglichen Gewerbeflächen in der Stadt und beobachte mögliche Entwicklungsmöglichkeiten genau. Eine direkte Handhabe habe die Stadt nicht.

Der Hauptausschuss fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Auswahlverfahren bei der Vergabe städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke in der dargestellten Form zu.
2. Es werden besondere Vergabekriterien und Grundsätze der Bewertung festgelegt. Diese sind in Anlage 1 und 2 der Beschlussvorlage dargestellt.

TOP 3

Bebauungsplan "Ob dem Dorf II, Änderung 1" - Offenlagebeschluss

Vorlage: 033/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Tagesordnung ein.

Herr Färber stellt sodann anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage zum Offenlagebeschluss Bebauungsplan „Ob dem Dorf II, Änderung 1“ vor (Anlage 2).

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Geltungsbereich ist entsprechend dem Lageplan in Anlage 2 der Beschlussvorlage anzupassen
2. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend den Berichten zur frühzeitigen Beteiligung in Anlage 6 der Beschlussvorlage und Anlage 7 der Beschlussvorlage.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Stadtrat Lusche stellt im Folgenden einen Geschäftsordnungsantrag auf gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4 und 5. Hiergegen werden keinerlei Bedenken geäußert.

TOP 4

Sanierungsgebiet "Baumgartnerstraße" - Beschluss zur Erweiterung des Sanierungsgebiets

Vorlage: 063/2016

und

TOP 5

Umgestaltung des Stadtraums Aicheleknotten – Nördliche Basler Straße im Zuge der Umsetzung des Sanierungsgebietes "Baumgartnerstraße"

Vorlage: 064/2016

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein und hebt darauf ab, dass hinsichtlich des Wunsches nach einer Gestaltung des südlichen Eingangs zur Innenstadt Einigkeit bestehe. Der Meeraner Markt sei ans Zentrum herangerückt. Fußgängerströme würden mittlerweile verkehrswidrig über Schleichwege in Richtung Innenstadt ziehen. Es brauche deshalb eine Optimierung des Verkehrs. Zudem werde die Kanalsanierung ohnehin notwendig. Im Rahmen der nun von der Verwaltung vorgeschlagenen Planung werde der Hauptverkehr nicht mehr direkt in Innenstadtrichtung die Basler Straße entlang geführt. Eine Kreisverkehrslösung komme unterdessen nicht in Frage. Man müsse sich auf die Worte Dr. Acocellas hinsichtlich des Märkte- und Zentrenkonzeptes zurückbesinnen, auf die von ihm angeregte Vernähung und auf die künftige Rolle des bisherigen Kreiskrankenhauses. Der Innenstadtring sei nicht zukunftsfähig. Alle weiteren Entwicklungen könnten indes nicht abgewartet werden, da man sonst in den nächsten fünf Jahren nicht handeln werde. Es würde sich nicht lohnen zu warten. Vielmehr müsse das Sanierungsgebiet jetzt angegangen werden. Die Geschäfte im Bereich Basler Straße Nord haben sich deutlich für eine Fußgängerzone in diesem Bereich ausgesprochen. Außerdem könne man jetzt von den entsprechenden Fördermitteln profitieren.

Frau von Loeben und Herr Färber stellen anhand einer Präsentation die Inhalte der Vorlage hinsichtlich der Erweiterung des Sanierungsgebiets „Baumgartnerstraße“ vor (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Lusche weist auf die Besonderheit der Thematik hin, welche ihren Niederschlag auch in der Vorberatung in zwei Ausschüssen findet. Er fragt, ob die Maßnahme denn unbedingt jetzt durchgeführt werden müsse. Man müsse die Maßnahme doch schließlich auch in Einklang mit der künftigen Verkehrsplanung bringen. Diese künftige Planung ge-

be es aber bisher noch nicht. Es werde noch sehr viele Veränderungen in der Stadt geben. Die Aufwertung des Bereichs Basler Straße Nord und die Kanalsanierung seien absolut notwendig, aber es gebe auch noch Diskussionsbedarf. Man dürfe keine Pflöcke einschlagen, welche die Richtung dann vorgeben. Es dürften keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Er habe erhebliches Interesse an dem Zusammenhang der nun vorliegenden und gemeinsam zu beratenden Vorlagen. Er frage sich, in wie weit die Erweiterung des Sanierungsgebietes die Umsetzung der Maßnahme Aicheleknuten erforderlich mache und ob sich die beiden Beschlüsse voneinander trennen lassen. Er frage, ob die Fördermittel von den straßenbaulichen Veränderungen abhängen oder nicht. Es gebe von Seiten der Fraktion der CDU erhebliche Vorbehalte, es bestehe Aufklärungs- und Diskussionsbedarf. Die Fraktion der CDU wolle sich nochmals fraktionsintern beraten. Es gehe nicht um den Aicheleknuten, sondern um eine sinnvolle Verkehrsgestaltung.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass man beide Vorlagen abarbeiten, diskutieren und beschließen müsse. Man könne da nicht dagegen sein. Es gebe dringenden Handlungsbedarf auf allen Ebenen. Die Maßnahmen dürften nicht blockiert werden und Fördermittel müssten abgerufen werden. Es gebe keine verkehrlichen Alternativen. Die Fraktion der CDU müsse der Vorlage zustimmen, alles andere wäre fahrlässig.

Stadträtin Cyperrek hält die momentanen Zustände für unhaltbar. Gerade im Bereich Basler Straße Nord müsse dringend gehandelt werden. Der Mythos Gesamtverkehrsplan dürfe keine Blockadefunktion erlangen. Zudem würde man eine Dauerbaustelle riskieren, wenn man zunächst nur die Kanalsanierung, die Verkehrsoptimierung und Umgestaltung des Aicheleknutens aber erst später durchführen würde. Die Kreisellösung dürfte sich soweit erledigt haben. Sie wolle wissen, wie verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Basler Straße aussehen würden und wie dort weiter vorgegangen werden könnte. Sie frage, ob die Dialysestation mittelfristig verlegt werden könne beziehungsweise ob die Situation anderweitig entschärft werden könne. Der Aicheleknuten sei der am stärksten befahrene Knotenpunkt in der ganzen Stadt. Sie frage, ob zu dessen Entlastung der Bahnübergang Baumgartnerstraße geschlossen werden könne. Auch interessiere sie, wie es mit dem Parkleitsystem weitergehe.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass er die Diskussion zu der vorliegenden Thematik im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales als nicht fair empfunden habe. Der Umgang einiger Diskussionsteilnehmer mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung beziehungsweise mit dem Planer Herrn Hering sei nicht angemessen gewesen. Die Diskussion sei unnötig aggressiv gewesen. Hinsichtlich der Verkehrsplanung könne er keine fachlichen Angaben machen, da er die notwendige Expertise nicht besitze. Er wolle jedoch festhalten, dass es in der Stadt insgesamt viel zu viele Autos gebe. Die Fraktion der Grünen begrüße die beiden Vorlagen. Der Feinschliff sei zwar notwendig, jedoch werde man durch die vorgeschlagenen Maßnahmen eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität erreichen. Die Stadt dürfe nicht autogerechter gemacht werden. Die Kultureinrichtungen in dem zur Diskussion stehenden Bereich würden von den Maßnahmen auf jeden Fall profitieren. Bei der Umsetzung der Maßnahmen müsse man die Anwohner mitnehmen. Überlegungen zu sogenanntem „shared space“ und zur Barrierefreiheit dürften unterdessen

nicht zu kurz kommen. Die Maßnahmen dürften auf keinen Fall aufgrund eines Gesamtverkehrsplans, den es noch gar nicht gebe, verhindert werden.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Freien Wähler bereits in den neunziger Jahren eine zukunftsorientierte T-Führung der Baumgartnerstraße gefordert hatten. Die Situation am Aicheleknoten sei schwierig. Einen Rückstau könne man nicht hundertprozentig ausschließen. Die vorgeschlagene Lösung sei nicht einwandfrei. Es könne indes keine voll eingeschränkte Fußgängerzone im Bereich Basler Straße Nord eingerichtet werden. Es brauche den Verkehr in dem Bereich. Die Fraktion der Freien Wähler wolle sich nochmals intern beraten.

Der Vorsitzende verweist auf die abschließende Diskussion der Thematik im Gemeinderat.

Herr Färber erklärt, dass man einen Zuschuss von 90,00 Euro je Quadratmeter umgestalteten Verkehrsraum erhalte. Dies gelte sowohl für den Bereich Basler Straße Nord als auch für den Aicheleknoten. Der Förderzeitraum erstrecke sich auf die Jahre 2009 bis 2017. Eventuell sei eine begründete Verlängerung des Förderzeitraums um ein bis zwei Jahre möglich. Die Entwicklungen hinsichtlich des bisherigen Krankenhausstandorts und einen hieraus möglicherweise resultierenden städtebaulichen Wettbewerb könne man nicht abwarten. Die Verschiebung von Mitteln, die ursprünglich für die Aufwertung der Teichstraße vorgesehen gewesen sind, zu Gunsten der Baumgartnerstraße ist möglich. Hinsichtlich der Weiterführung des Sanierungsgebietes sei ein enger zeitlicher Rahmen gesetzt. Aus der reinen Umgestaltung der Basler Straße Nord könne sich ein Verkehrskonflikt ergeben. Deshalb brauche es neben der Umgestaltung der Basler Straße Nord auch eine Umgestaltung des Aicheleknotens. Hierbei plädiert er für eine Kreuzungslösung.

Frau von Loeben erklärt, dass es westlich der Bahnlinie zwei Nord-Süd-Achsen gebe. Die eine sei die Wiesentalstraße und die andere die Basler Straße. Es gebe auf beiden Achsen grundsätzlich viel Verkehr, der auch reduziert werden müsse. Mit einem weiteren Anstieg in der Zukunft sei zu rechnen. Der Basler Straße müsse deshalb eine andere Funktion gegeben werden. Die Basler Straße Nord müsse beruhigt werden. Dies sei wichtig für Anwohner und Geschäfte. Die Straße werde keine Hauptverkehrsachse mehr. Verschiedene Verkehrszählungen würden die Notwendigkeit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen untermauern. Die Einrichtung einer Fußgängerzone im Bereich Basler Straße Nord sei indes kaum realisierbar, da der Bereich von Bussen und auch von Lieferverkehr befahren werde. Die Dialysestation sei baurechtlich genehmigt und kann daher nicht einfach verlegt werden. Die ansässigen Ärzte wollen den Standort zudem gerne halten. Eine Schließung des Bahnübergangs sei nicht sinnvoll, da die zwei bestehenden Bahnübergänge in Stetten und auf Höhe Milkastraße zu weit auseinander liegen.

Stadträtin Kurfeß wolle wissen, ob man für eine Kreisellösung die gleiche Fördersumme erhalte wie für die vorgeschlagene Lösung.

Stadtrat Denzer wünscht bei der Anlage 3 zur Vorlage zum Sanierungsgebiet „Baumgartnerstraße“ (063/2016) auf Seite 3 eine Änderung im Wortlaut.

Stadträtin Höfler bittet darum, nochmals die Meinung der IG Velo zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösung einzuholen.

Herr Färber erklärt hinsichtlich der Fördermittel für eine Kreisellösung, dass man diese nur erhalte, wenn eine Verbesserung des Verkehrsablaufs erreicht wird. Eine solche Verbesserung sehe er jedoch nicht. Die Anlage 3 zur Vorlage zum Sanierungsgebiet „Baumgartnerstraße“ (063/2016) werde er gerne anpassen.

Frau von Loeben bekräftigt, dass ein neuer Knotenpunkt alle relevanten Richtungen bedienen würde.

Zu TOP 4:

Der Hauptausschuss fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt das Sanierungsgebiet „Baumgartnerstraße“ gemäß Lageplan in Anlage 1 der Beschlussvorlage als Satzung.
2. Für das Sanierungsgebiet „Baumgartnerstraße“ gelten die „Richtlinien zur Förderung der Sanierung privater Gebäude“.

Zu TOP 5:

Außerdem fasst der Hauptausschuss bei 11 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur städtebaulichen Aufwertung des Eingangs in die Innenstadt im Bereich nördliche Basler Straße weiterzuverfolgen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführungsplanung für den Aicheleknoten zu erstellen und die gemeinsame Ausschreibung und Vergabe der Baumaßnahmen zusammen mit dem EB Abwasserbeseitigung vorzubereiten.

TOP 6

Tag der Demokratie 2016

Vorlage: 083/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiter Frick gibt einen Rückblick auf den Tag der Demokratie im Jahr 2015 und erläutert sodann die in der Vorlage festgehaltenen Planungen zum Tag der Demokratie 2016.

Stadträtin Roßkopf signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Sie plädiert für eine starke Einbindung der Schulen und wolle wissen welche Schulen und welche Klassenstufen im Rahmen des Tags der Demokratie 2016 eingebunden werden sollen. Sie wolle zudem wissen, ob der diesjährige Tag der Demokratie teurer ausfallen werde als im vergangenen Jahr.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass der Tag der Demokratie 2015 erfolgreich gewesen sei. Er stelle sich dennoch die Frage, ob aufgrund von nachlassendem Interesse ein weiterer zeitlicher Rhythmus hinsichtlich der Durchführung sinnvoll sei. Die Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern sei indes richtig. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Werthaler erklärt, dass der Tag der Demokratie wichtig für Lörrach sei. Er müsse allerdings weniger umfangreich durchgeführt werden. Die Abhaltung eines Poetry Slams finde er gut.

Stadtrat Lindemer führt aus, dass der Tag der Demokratie 2015 ein Erfolg gewesen sei, nun aber weiterentwickelt werden müsse. Hinsichtlich des gemeinsamen Singens des Liedes „Die Gedanken sind frei“ hege er die Befürchtung, dass das Stück lediglich die Idee freier Gedanken aufgreife, nicht aber Aspekte freier Rede, freier Schrift und freien Engagements.

Fachbereichsleiter Frick bekräftigt, dass die Einbeziehung von Schülern sehr wichtig, gleichzeitig aber auch schwierig sei. Grundsätzlich seien alle Schulen zu einer Teilnahme am Tag der Demokratie eingeladen. Einbeziehen wolle man in erster Linie Schülerinnen und Schüler der Campusschulen, vorwiegend ab Klassenstufe 8 beziehungsweise der Oberstufe. Der diesjährige Tag der Demokratie solle insgesamt günstiger ausfallen, da man im vergangenen Jahr die Kabarettisten bezahlen musste, die diesjährige Durchführung eines Poetry Slams aber nahezu kostendeckend sei. Er spreche sich eher für einen regelmäßigen Rhythmus der Veranstaltung aus, weil man die Veranstaltung sonst in einem weitaus größeren Umfang durchführen müsse. Die Einschätzung hinsichtlich des Liedes „Die Gedanken sind frei“ teile er, halte aber das Lied für das am besten zum gemeinsamen Singen geeignete Stück, da dieses einen hohen Bekanntheitsgrad vorweise.

Der Hauptausschuss fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt von der angepassten Gestaltung des Tages der Demokratie Kenntnis.

TOP 7

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Keine.

TOP 8

Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 9

Offenlegungen

TOP 9.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 3. Mai 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: